



Beschlussauszug aus der Sitzung des Stadtrates vom 16.05.2024

Öffentlicher Teil

TOP Arbeitskreis "'Gewalt gegen Frauen" 28.2

Frau Michalsky stellt die wesentlichen Ergebnisse des Arbeitskreises „Gewalt gegen Frauen“ vor.

RM Kaya-Karadağ bedankt sich für die Bildung des Arbeitskreises, dessen überfraktionelle Zusammenarbeit sie lobt. Auch für sie sei Gewalt gegen Frauen kein Kavaliärsdelikt, sondern eine Menschenrechtsverletzung, gegen die vorgegangen werden müsse. Sie danke Frau Michalsky für die Begleitung und tatkräftige Unterstützung des Arbeitskreises und erhoffe sich, dass der neue Stadtrat hieran anknüpfe und diese wichtige Arbeit weiterführe.

RM Anslinger stimmt RM Kaya-Karadağ zu. Er habe in seinem Beruf solche Situationen erlebt und erinnere an seinen Vorschlag von vor 30 Jahren, in Homburg ein Frauenhaus zu gründen. Das Problem sei jedoch der nicht abzuschätzende Bedarf. Er frage, ob es dem Arbeitskreis gelungen sei, einen solchen festzustellen. Denn erst wenn ein Bedarf feststehe, könne die Stadt handeln.

Frau Michalsky verweist auf die Notwendigkeit einer aussagekräftigen Datenerhebung. Dies gestalte sich äußerst heterogen. Auch wenn ihr diverse Statistiken vorlägen, gehe man von einer 85-prozentigen Dunkelziffer aus. Darüber hinaus hätten sich nicht alle beanzeigten Vorfälle zum Zeitpunkt der Anzeige ereignet, sondern teilweise Jahre zurückgelegen. Je nach Organisation gebe es unterschiedliche Datenaufstellungen, die sich zwar teilweise überschneiden, allerdings sei das Dunkelfeld enorm. Deswegen könne keine belastbare Aussage hinsichtlich eines eventuellen Bedarfs getroffen werden.

RM Anslinger fragt weiter, ob nicht ein Mindestbedarf ermittelt werden könne. Da mehrere Frauenhäuser im Saarland betrieben würden, dürfte es seiner Ansicht nach aussagekräftige Erfahrungswerte geben, die es ermöglichen, zum Beispiel ein Angebot mit zunächst zwei Plätzen zu schaffen.

Die Frauenbeauftragte führt aus, dass es durchaus sinnvoll sei, nach Bereitstellung eines entsprechenden Angebots zu ermitteln, wie dieses angenommen würde. Hierfür seien jedoch auch die entsprechenden Mittel erforderlich; realisierbar sei dies nur im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit.

BG Rippel ergänzt, dass auch beim Amt für Jugend, Senioren, Soziales und Integration derartige Fälle bekannt seien. Auch wenn er keine konkreten Zahlen nennen könne, sehe er zweifelsohne einen Bedarf für eine Einrichtung.

RM Barbara Spaniol bedankt sich zunächst bei Frau Michalsky für die tolle Koordination des Arbeitskreises. Es sei in der Tat problematisch, die Datenlage festzustellen. Für das östliche Saarland sehe sie auf jeden Fall einen Bedarf, dazu käme eine riesige Dunkelziffer. Sie sei froh, dass sie maßgeblich daran habe mitwirken können, die Landeskoordinierungsstelle zu schaffen. Das Thema sei mittlerweile Alltag und gehöre daher in den Vordergrund. Es müsse eine Schamgrenze überschritten werden und sei für Frauen mit Kindern schwer, passende Schutzräume zu finden. Deshalb sei es notwendig, die Initiative im nächsten Rat weiterzuführen.